

18.08.2021

Pressemitteilung

Fachnetzwerk Sozialpsychologie zu Flucht und Integration: Die Evakuierung gefährdeter Personen aus Afghanistan ist aus psychologischer Sicht unerlässlich

Das Fachnetzwerk Sozialpsychologie zu Flucht und Integration sieht die Evakuierung und Aufnahme gefährdeter Personen aus Afghanistan aufgrund der akuten Unsicherheitslage als unerlässlich an. Neben der Gefährdung für Leib und Leben akut schutzloser Personen drohen schwerste psychische Traumatisierungen und auch negative Konsequenzen für westliche Gesellschaften selbst.

Fehlende Solidarität mit den Ortskräften widerspricht grundlegenden moralischen Prinzipien

Die Verschlechterung der humanitären Situation in Afghanistan durch den Vormarsch der Taliban geht durch die Medien. Einige der besonders gefährdeten Menschen haben in der Zeit der Präsenz der deutschen Bundeswehr in Afghanistan als Übersetzer*innen gearbeitet oder deutsche Hilfsorganisationen vor Ort in anderen Funktionen unterstützt. Deshalb sehen sie sich nun einer erheblichen Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt. „Dass man Menschen nicht im Stich lässt, mit denen man zusammengearbeitet hat und die aufgrund dieser Zusammenarbeit Probleme bekommen, ist ein grundlegendes moralisches Prinzip der gegenseitigen Hilfe, das normalerweise jedem Menschen verständlich ist“, erläutert Dr. Helen Landmann von der FernUniversität in Hagen, eine Sprecherin des Fachnetzwerks Sozialpsychologie zu Flucht und Integration. Die Einhaltung dieses moralischen Prinzips sollte handlungsleitend für politische Entscheidungsträger*innen sein. Dabei dürfen sich einzelne Länder nicht an der Inaktivität anderer Länder orientieren oder diese als Rechtfertigung für die Missachtung grundlegender moralischer Prinzipien heranziehen, was auf dem bekannten sozialpsychologischen Phänomen der Verantwortungsdiffusion basieren würde.

Phänomen der Zugehörigkeit zu sozialer Gruppe als Grundlage von Gefährdung

Bei anderen Menschen in Afghanistan ist es ihre reine Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe – z. B. wenn sie Frauen sind – aufgrund derer sie sich lebensbedrohlichen Situationen gegenübersehen. Diese Arten der Gefährdung entsprechen den durch die Vereinten Nationen eng umschriebenen Gründen für eine Flucht, die eine Aufnahme als Geflüchtete in sicheren Aufnahmeländern rechtfertigen. Durch die akute Unsicherheitslage vor Ort ist den meisten gefährdeten Menschen eine Flucht aus Afghanistan in ein Nachbarland nicht möglich. Es muss daher die Aufgabe von Ländern mit (u.a. finanziellen)

Ressourcen wie Deutschland sein, so viele gefährdete Menschen wie möglich aus Afghanistan auszufliegen und ihnen Schutz zu gewähren.

Schwere Konsequenzen für Betroffene, aber auch die westliche Gesellschaft

Eine Missachtung dieser Verpflichtung zur Aufnahme bedürftiger Personen zieht die Gefahr schwerster körperlicher Misshandlungen, massiver psychischer Verletzungen und einer Abwendung gerade derjenigen, die eine Demokratisierung der afghanischen Gesellschaft unterstützen, von Vorstellungen gleichwertigen Zusammenlebens nach sich. Die besonders Gefährdeten in Afghanistan ihrem Schicksal zu überlassen, wird das Land und seine Menschen weiter extremisieren. Letztlich trifft unterlassene Hilfeleistung damit nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern sie schlägt auch zurück auf diejenigen, die den Einsatz in Afghanistan mit westlichen Sicherheitsbedürfnissen begründet hatten. Denn eine Extremisierung der Menschen in Afghanistan könnte beispielsweise die Terrorgefahr in Europa erhöhen.

Instrumentalisierung von Angst vor Geflüchteten kann Ressentiments schüren

Ein Sprecher des Fachnetzwerks, Dr. Jens Hellmann von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, führt aus: „Gerade in Wahlkampfzeiten scheinen manche Politikerinnen und Politiker Schreckensszenarien aufzubauen, die die Aufnahme von Geflüchteten aus Krisenregionen nach sich ziehen würde. Es gehört zu den grundlegenden Kenntnissen der Sozialpsychologie, dass das Bedienen von Emotionen wie Angst und Furcht tatsächlich wirksam sein kann beim Aufbau von Ressentiments. Im gegebenen Zusammenhang und vor dem Hintergrund der Not der bedrohten Menschen kann eine solche Instrumentalisierung einer humanitären Lösung im Wege stehen und unnötig soziale Konflikte schüren.“

Weitere Informationen zum Fachnetzwerk Sozialpsychologie zu Flucht und Integration

Das Fachnetzwerk Sozialpsychologie zu Flucht und Integration entstand unter dem Eindruck der Fluchtmigrationsbewegungen in Verbindung mit dem Krieg in Syrien und anderen humanitären Katastrophen. Wissenschaftlich arbeitende Psychologinnen und Psychologen haben sich zum Ziel gesetzt, integrationsfördernde und -hinderliche psychologische Aspekte zu identifizieren und öffentlich zu machen. Auch will das Fachnetzwerk im Austausch mit Personen, die in ihrer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit mit Geflüchteten arbeiten, über kurze Artikel und in Workshops diese wissenschaftlichen Befunde vermitteln und wichtige Punkte aus der Praxis in wissenschaftliche Untersuchungen mit einbringen. Die Internetpräsenz des Fachnetzwerks erreichen Sie unter: <https://www.fachnetzflucht.de>

Kontakt bei Rückfragen:

Dr. Helen Landmann

E-Mail: helen.landmann@fernuni-hagen.de

Tel.: +49 (0) 2331 - 9872224

Homepage: <https://www.fernuni-hagen.de/community-psychology/team/helen.landmann.shtml>

Dr. Jens Hellmann

E-Mail: jens.hellmann@uni-muenster.de

Tel.: +49 (0) 251 - 83 31391

Homepage: <https://www.uni-muenster.de/Psychologie/forschung/pari/koordination/index.html>

Prof. Dr. Ulrich Wagner

E-Mail: wagner1@uni-marburg.de

Tel.: 0171 380 8830

Homepage: <https://www.uni-marburg.de/de/fb04/team-cohrs/team/ulrich-wagner>